

Antrag : Mehr Demokratie wagen: Die Transformation braucht Wirtschaftsdemokratie und Industriepolitik

Laufende Nummer: 564

Antragsteller/in:	GS Frankfurt am Main (Bezirk Mitte)
Status:	geprüft
Sachgebiet:	E1. - Gesellschaftspolitik

Der 24. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall will die Transformation gestalten, damit sie nicht zu Lasten der
- 2 Beschäftigten geht. Die Strategie der IG Metall setzt auf Qualifizierung und auf
- 3 Beteiligung der Beschäftigten am Transformationsprozess. Die Antwort auf die Frage,
- 4 was für welche Märkte produziert werden soll, ist unverzichtbar zur Sicherung der
- 5 Beschäftigung. Damit sind die Ideen der Beschäftigten für alternative Produktion
- 6 aufzugreifen und konzeptionell zu entwickeln. Dies gilt gleichermaßen für Ideen und
- 7 Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Mit dem Transformationsatlas
- 8 haben wir diese Diskussion in Gang gebracht. Zur Durchsetzung unserer Forderungen ist
- 9 unabdingbare Voraussetzung: Wir brauchen mehr Demokratie in der Wirtschaft.
- 10 Die Finanzmarktkrise 2008 hat gezeigt, dass große wirtschaftliche Risiken nicht durch
- 11 den Markt geregelt werden. Die Folgekosten der unverantwortlichen Politik von Banken
- 12 und Hedgefonds wurden den Menschen aufgebürdet. In der Folge stiegen die
- 13 Staatsschulden sprunghaft. Die Austeritätspolitik hat insbesondere in den Ländern des
- 14 Südens noch heute katastrophale Folgen. Die Massenproteste in ganz Europa zeigten
- 15 damals bis heute, dass die Menschen nicht mehr wollen, dass über ihre Köpfe hinweg
- 16 regiert wird. Wir brauchen mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.
- 17 Der sozialökologische Umbau der Wirtschaft drängt heute mehr denn je. Die
- 18 Auseinandersetzungen um den Hambacher Forst und die Schülerinnen und Schüler-Proteste
- 19 zeigen, dass der Wirtschaft und der Politik zunehmend weniger zugetraut wird, diese
- 20 Probleme zu lösen. Nach wie vor ist der Profit der Unternehmen ihr vorrangiges Ziel.
- 21 Damit ist ein Umsteuern zu sozial und ökologisch verträglichem Wirtschaften schwer.
- 22 Hunderttausende haben gegen CETA und TTIP und für gerechten Welthandel demonstriert.
- 23 Hunderttausende demonstrieren heute für das Weltklima. Um etwas zu erreichen,
- 24 brauchen wir mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.
- 25 Es stellt sich die Frage, welche Industrie und welche Dienstleistungen wollen und
- 26 brauchen wir? Eine Debatte über soziale Bedürfnisse und damit über die Frage, wie,
- 27 was und zu welchem Zweck produziert werden soll, ist immer verschränkt mit anderen
- 28 Fragen, z.B. nach der Zukunft der Mobilität, nach ökologisch nachhaltiger Produktion,
- 29 nach der Gestaltung einer Einwanderungsgesellschaft, nach guter Pflege und sozialer
- 30 Teilhabe. Ein beteiligungsorientierter Zukunftsdiskurs, der sich nicht auf den

- 31 Austausch von Verbandsspitzen und Politik beschränkt, scheint auch angeraten, um in
32 dialogischen Prozessen soziale Phantasie freizusetzen und neue Zukunftshoffnungen
33 entstehen zu lassen. Nur so kann auch der verbreiteten Entfremdung vom politischen
34 System und seinen Repräsentantinnen und Repräsentanten entgegengewirkt werden.
- 35 Die IG Metall wird ihre Initiativen für Wirtschaftsdemokratie verstärken, dieses
36 Thema populär machen und um Verbündete werben:
- 37 1. Wir fordern mehr gemeinschaftliches Eigentum. Öffentliche Unternehmen sind zu
38 stärken. Die Rekommunalisierung von privatisierten Unternehmen ist zu prüfen.
39 Genossenschaften und Mitarbeitergesellschaften sind zu fördern. Im Zusammenhang
40 mit der Transformation ist die Forderung von Public Equity Fonds zu
41 aktualisieren.
- 42 2. Selbstbestimmung und Partizipation der Menschen sind zu fördern. Dazu gehören
43 erweiterte Mit- und Selbstbestimmungsrechte im Betrieb ebenso wie erleichterte
44 Möglichkeiten für Volksabstimmungen auf allen politischen Ebenen von der Kommune
45 bis zur Europäischen Union.
- 46 3. Die Rechte von Betriebsrätinnen und Betriebsräten, Jugend- und
47 Auszubildendenvertreterinnen und Vertretern, Schwerbehinderten-Vertreterinnen
48 und Vertretern und Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertretern in
49 Aufsichtsräten in wirtschaftlichen Angelegenheiten sind zu stärken. Das ist
50 insbesondere dann nötig und sinnvoll, wenn wirtschaftliche Alternativen zur
51 Sicherung von Beschäftigung in der Transformation entwickelt und verhandelt
52 werden.
- 53 1. Dazu sind die Informationsrechte der Arbeitnehmervertreterinnen und
54 Arbeitnehmervertretern in mitbestimmten Unternehmen dahingehend zu stärken, dass
55 mehr Informationen über die wirtschaftliche Lage und die jeweils aktuellen
56 Planungen der Unternehmen zur Verfügung gestellt werden müssen.
- 57 2. Zur Entwicklung wirtschaftlicher Alternativen zur Beschäftigungssicherung sind
58 die Möglichkeiten zur Einbeziehung der Beschäftigten und zur Nutzung externer
59 Sachverständiger zu erweitern.
- 60 3. Wir brauchen erweiterte Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der
61 Personalbedarfsplanung.
- 62 4. Die Mitbestimmung der Betriebsräte bei Betriebsänderungen ist auszuweiten. Es
63 kann nicht angehen, dass letztendlich die Unternehmen das
64 Letztentscheidungsrecht darüber haben, ob Massenentlassungen oder Maßnahmen zur
65 Beschäftigungssicherung umgesetzt werden.
- 66 5. Für geplante Standortschließungen ist eine Vetomöglichkeit für die
67 Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat zu schaffen. Bei aufgrund Rechtsform
68 aufsichtsratslosen Unternehmen ist eine Vetomöglichkeit bei Standortschließungen



- 69 für den Konzern- bzw. Gesamtbetriebsrat zu schaffen.
- 70 5. Industriepolitik ist auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene bei der
71 Sicherung von Beschäftigung in der Transformation und beim sozialökologischen
72 Umbau der Wirtschaft unverzichtbar. Wir fordern von Unternehmen und Politik,
73 unsere industriepolitischen Initiativen zu unterstützen. Industriepolitik ist
74 erfolgreich, wenn sie zu mehr Beteiligung der Menschen führt.
- 75 6. Industriepolitik und Arbeitsmarktpolitik gehören zusammen. Die Qualifizierung
76 der Menschen für die Übernahme neuer Aufgaben und Jobs ist eine zentrale
77 Forderung der IG Metall in der Transformation. Auch hier gilt: Die Beteiligung
78 der Menschen an der Erarbeitung und Umsetzung der entsprechenden
79 Qualifizierungsmaßnahmen ist der Schlüssel für deren Erfolg. Es ist zu prüfen,
80 wie die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften in den Verwaltungsausschüssen
81 der Agentur für Arbeit und den Berufsbildungsausschüssen der IHKs und HWKs so
82 weiterentwickelt werden können, dass mehr Demokratie und Selbstbestimmung für
83 die Menschen in der beruflichen Bildung das Ergebnis sind.
- 84 Der Vorstand, die Bezirke und Geschäftsstellen werden aufgefordert, im Sinne der
85 vorgenannten Ziele geeignete Maßnahmen zu deren Durchsetzung zu entwickeln und
86 umzusetzen und die dafür erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dies
87 betrifft insbesondere die Betriebs- und Tarifpolitik sowie die Bildungs- und
88 Öffentlichkeitsarbeit und die Industriepolitik.

Beschlussdatum

10.04.2019